

II-727 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 391/J

A N F R A G E

1983 -12- 16

der Abgeordneten Burgstaller
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend unzureichende regionale Förderungsmaßnahmen für die
Problemgebiete der Steiermark

Während aus dem Teilheft Budgetkapitel Bundeskanzleramt des Bundesvoranschlages 1984 hervorgeht, daß die Kosten der sozialistischen Koalitionsregierung im Jahre 1984 fast 50 Mio. S - das ist eine Erhöhung von mehr als 21 % gegenüber 1982 und eine Steigerung von mehr als 60 % gegenüber 1980 - ausmachen werden und diese Bundesregierung damit die teuerste Bundesregierung ist, die Österreich je hatte, geht gleichzeitig aus dem gleichen Teilheft hervor, daß die Arbeitsplatzförderung für die steiermärkischen Problemgebiete (Förderungsausgaben - Zuschüsse) um 7 Mio. S von 32 Mio. S auf 25 Mio. S gekürzt wird. Damit steht für die Arbeitsplatzförderung einer der größten wirtschaftlichen Problemregionen Österreichs nur die Hälfte der Mittel zur Verfügung, die die Regierung im nächsten Jahr dem österreichischen Steuerzahler kosten wird. Dies zu einem Zeitpunkt, zu dem das Strukturkonzept der Verstaatlichten Industrie zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen in diesem Bereich der Steiermark führen wird und es daher ganz besonders dringend notwendig erscheint, Förderungsmaßnahmen zu ergreifen, damit es in der Mur-Mürzfurche zur Ansiedlung von neuen Betrieben kommt.

Angeichts der unverständlichen Kürzung der Arbeitsplatzförderungsmittel für die steiermärkischen Problemgebiete, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

-2-

A n f r a g e :

1. Können Sie angesichts der großen Arbeitsmarktproblematik in den steiermärkischen Problemgebieten die Kürzung für Förderungsmaßnahmen in diesen Regionen um 7 Mio. S beantworten?
2. Was ist die Ursache für diese Kürzung?
3. Was werden Sie unternehmen, damit es zur Ansiedlung von neuen Betrieben in der Mur-Mürzfurche kommt?
4. Was gedenken Sie zu unternehmen, damit die jeweils vorgesehenen Förderungsmittel für die einzelnen Problemregionen auch wirklich in Anspruch genommen werden?